



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Neutralität der Polizei wahren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag steht zu einer professionellen und bürgernahen Polizei in Bayern, die unabhängig sowie neutral agiert und alle Menschen absolut gleichbehandelt.
2. Der Landtag sieht deshalb mit Sorge Posts in sozialen Medien etc. der Polizei, die den Anschein erwecken, dass gewisse Bevölkerungsgruppen besonders von der Polizei beachtet werden.
3. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Polizei das Neutralitätsgebot auch dadurch unterstrichen wird, dass Meldungen, die Solidarität mit einzelnen Personen oder Bevölkerungsgruppen implizieren, unter sagt werden.
4. Der Landtag verurteilt das Nicht-Eingreifen der Polizei bei der Greenpeace-Aktion während des EM-Spiels in München, bei der ein Gleitschirmflieger in der Arena not-landen konnte. Das Nicht-Eingreifen gefährdet die Innere Sicherheit, da sich Terroristen nun zum Beispiel als Umweltaktivisten tarnen könnten, da die Polizei und Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann durch Handeln und Einlassung danach klarmachten, dass eine Intervention deshalb nicht erfolgte, weil von einer Umweltaktion auszugehen war.

Begründung:

Am 21. Juni 2021 veröffentlichte die Polizei München auf Facebook das Logo der Polizei mit einem Regenbogenhintergrund, um darauf aufmerksam zu machen, dass man für Solidarität, Toleranz und Akzeptanz stehe. Gleichzeitig wurde das Logo der Seite entsprechend geändert. Die Meldung auf Facebook impliziert, dass die Polizei München besonders mit der LSBTIQ*-Gemeinde solidarisch sei. Dies ist deshalb problematisch, weil die Polizei zum einen IMMER neutral sein muss und zum anderen, weil der Eindruck entsteht, dass die Polizei der LSBTIQ*-Gemeinschaft in Bayern besonders zugehen könnte. Damit könnten sich Personen, die dieser Community nicht angehören zurückgesetzt fühlen. Auch eine intensive öffentliche Diskussion über homophobe Gesetzgebungsverfahren in anderen Ländern rechtfertigt es nicht, diese Neutralität aufzugeben.

Der Landtag steht zu seiner Polizei und weiß um ihre gute Arbeit in Bayern. Dennoch muss diese Aktion mit Sorge beobachtet werden, da sie schnell als politisches Statement oder gar Bevorzugung einzelner Personengruppen interpretiert werden könnte – zum Nachteil des Sicherheitsgefühls bei der restlichen bayerischen Bevölkerung. Die Staatsregierung ist deshalb gefordert, solche Aktionen zu unterbinden und hat dafür Sorge zu tragen, dass die Neutralität auch in der Kommunikation der Bayerischen Polizei immer gewahrt sein muss.

Gleichzeitig verurteilt der Landtag, dass die Polizei bei der Aktion von Greenpeace vom 15. Juni 2021, bei der ein Aktivist mit einem Gleitschirm in der Allianz Arena notlanden musste, nicht entschiedener eingriff. Der Landtag betrachtet mit Sorge, dass danach auch noch kommuniziert wurde, dass ein Eingreifen nicht erfolgte, weil die Polizei zu dem Schluss kam, dass es sich um eine Aktion von Umweltaktivisten handelte. Dies öffnet Terroristen Tür und Tor, die sich als Aktivisten tarnen und so schwere Schäden verursachen könnten. Hier hätte der Landtag ein entschiedeneres Vorgehen und eine bessere Kommunikation erwartet.